

Bayer, Hans

Article

Zerfall und Synthese in der modernen Wirtschaftslehre

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Bayer, Hans (1958) : Zerfall und Synthese in der modernen Wirtschaftslehre, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 78, Iss. 4, pp. 31-62, <https://doi.org/10.3790/schm.78.4.31>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290903>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Zerfall und Synthese in der modernen Wirtschaftslehre

Von

Hans Bayer - Dortmund

Inhaltsverzeichnis: I. Tatsache und Bedeutung des Zerfalls der in ihren Anfängen einheitlichen Wirtschaftslehre: 1. Einheitliche Wirtschaftslehre S. 32 — 2. Beispiele des Zerfalls der Wirtschaftslehre a) Historische Schule S. 33 — b) Reine Theorie S. 34 — c) Konjunkturtheorie S. 38 — II. Aggregatbildung im Zuge des Ausbaus einer angewandten Wirtschaftstheorie: 1. Dynamisches Gleichgewicht S. 39 — 2. Preisbildung und Wirtschaftsmacht S. 41 — 3. Aggregatbildung in der Geldlehre S. 43 — III. Tendenzen und Widerstände einer Synthese in der Wirtschaftslehre: 1. Für und Wider einer Synthese der Wirtschaftslehre S. 46 — 2. Synthese auf Teilgebieten der Wirtschaftslehre: a) Theorie des Wachstums der Wirtschaft S. 51 — b) Raumwirtschaftslehre S. 52 — IV. Möglichkeiten und Bedeutung einer synthetischen Wirtschaftslehre: 1. Absolute Werte und Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft S. 54 — 2. Ziel der Wirtschaft und teleologisches Gleichgewicht S. 57 — 3. Spannung als methodologischer Begriff S. 60.

Eine Spannung durchzieht die Geistesgeschichte: die Spannung zwischen Spezialisierung und philosophischer Gesamtschau. Ist nicht gerade heute eine Synthese zwischen beidem geboten, wobei angesichts der Übersteigerung des Spezialistentums die Berücksichtigung der Gesamtschau besonders dringlich wäre? Es ist bezeichnend, daß der Professor an der Technischen Hochschule in Zürich, E. Böhler, bei einer Versammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes im Mai 1957 ein philosophisches Thema behandelte; charakteristisch seine Begründung: „Für diejenigen aber, denen der Glaube an die ewige Prosperität — wie ein Bankier sich kürzlich ausdrückte — noch den einzigen Glauben bildet, den sie besitzen, ist eine Besinnung auf die Fundamente ihrer Existenz besonders wichtig, weil sie früher oder später der einzigen Grundlage ihrer Existenz beraubt sein und deshalb vor einer Leere stehen werden.“

Vorliegende Untersuchungen über Möglichkeit und Bedeutung einer Synthese in der modernen Wirtschaftswissenschaft gehen zum Teil auf erkenntnistheoretische Fragen ein, die aber, wie sich zeigen wird, nicht nur für die Grundlagenforschung der Nationalökonomie, sondern auch für wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Fragen im einzelnen maßgebend sind.

Die Abhandlung geht aus von der Tatsache und der Bedeutung des Zerfalls der in ihren Anfängen einheitlichen Wirtschaftslehre. Die einzelnen Richtungen entwickelten sich einseitig, so daß eine Zusammenfügung, etwa vergleichbar der Zusammenstellung eines Mosaiks nicht möglich ist, da die Teile nicht zueinander passen. In dem Maße, als die Wirtschaftstheorie sich wieder konkreten Fragen zuwandte und die wirklichkeitsfernen Höhen der Modelle verließ, ergaben sich Überschneidungen und Durchdringungen der Teilgebiete der Wirtschaftslehre. Es führte der Ausbau einer angewandten Wirtschaftstheorie zu Aggregatbildungen in der Wirtschaftslehre, d. h. zu Verbindungen und Summierungen, wie sie sich aus dem Überschneiden der Teilgebiete ergeben, ohne daß eine Einheit entstünde. Die Ergebnisse dieser Aggregatbildung ermöglichen weder einheitliche Erfassung der Gesamtzusammenhänge, noch können sie ausreichende Grundlage einer umfassenden Wirtschaftspolitik sein. Es verstärkten sich daher die Tendenzen zu einer Synthese in der Sozialökonomie. Gerade weil diese Bemühungen in das Bereich der Philosophie führen, haben sie mit dem Widerstand der Positivisten zu rechnen. Die Vermittlungsvorschläge sind unzulänglich; die bisherigen Versuche einer Synthese in der Wirtschaftslehre beziehen sich auf Teilgebiete, so daß das Problem der Gesamtsynthese offen bleibt. Es handelt sich hierbei um die Verbindung einer Mannigfaltigkeit zu einer Einheit. Die Mannigfaltigkeit bleibt wohl bestehen, aber ihre Einzelheiten hängen in sich zusammen und wirken miteinander. So bildet die Vielheit ein zusammenhängendes Ganzes. Die Untersuchung legt das Schwergewicht auf die Darlegung der Notwendigkeit und Bedeutung einer synthetischen Wirtschaftslehre, ohne diese selbst im einzelnen auszuarbeiten. (Diesbezüglich wird verwiesen auf H. Bayer „Wirtschaftsgestaltung“, Duncker & Humblot, Berlin 1958, in Vorbereitung.)

I. Tatsache und Bedeutung des Zerfalls der in ihren Anfängen einheitlichen Wirtschaftslehre

1. Einheitliche Wirtschaftslehre

Die Wirtschaftslehre war, bevor sie selbständige Wissenschaft wurde, ein Teil der Philosophie. Bei Thomas von Aquin wurden alle Wirtschaftsprobleme vom Gesichtspunkt der Gerechtigkeit betrachtet und gewertet. Es ging um die Frage des gerechten Lohnes, des gerechten Preises. Die Fragen der Produktion blieben noch im Hintergrund. Die Wirtschaft galt bloß als Mittel, um bestimmte oberste Ziele zu erreichen. Die Menschen hatten nach dieser Auffassung die Aufgabe, die Wirtschaft so zu gestalten, daß sie möglichst weitgehend diesen Zielen entsprach. Hierbei konnten die Menschen

die Verantwortung nicht an eine Mechanik abschieben, sondern hatten sie selbst zu tragen.

Auch in dem ersten geschlossenen System einer Wirtschaftslehre, wie es die *Physiokraten* entwickelten, spielte noch die natürliche Ordnung eine entscheidende Rolle. Je mehr die konkrete Wirtschaft dieser glich, um so besser erfüllte sie ihre Aufgabe.

Auch noch im System von *Adam Smith* spielt der Gedanke einer natürlichen Ordnung eine Rolle. Aber die einzelnen Menschen sind nicht mehr für ihre Erfüllung verantwortlich. Es ist vielmehr der Marktmechanismus, der die Entscheidungen der Einzelnen automatisch auf die Erreichung des Volkswohls ausrichtet. Es spiele, wie *F. A. Hayek* einmal formulierte, keine Rolle, ob die wirtschaftenden Menschen Engel oder Teufel seien.

Die Wirtschaftsmechanik, die *Adam Smith* unter statischen Gesichtspunkten betrachtete, verwertete *Marx* mit der Methode der Wirtschaftsdynamik. Er wendete den Grundgedanken der Mechanik auf die Wirtschaftsentwicklung an, die durch Menschen nicht wesentlich geändert werden könnte. Die Entwicklung dränge schicksalhaft auf ein ihr immanentes Ziel zu, nämlich auf den „jüngsten Tag“ der Sozialgeschichte, auf die Revolution zur klassenlosen Gesellschaft.

2. Beispiele des Zerfalls der Wirtschaftslehre

Während die bisher behandelten Richtungen der Wirtschaftslehre an dem Einheitscharakter festhielten, zeigt sich später ein Zerfall der Einheitlichkeit und eine Entwicklung nach verschiedenen Richtungen, die häufig in Einseitigkeit verfallen. Drei Beispiele seien im folgenden herausgegriffen, die historische Schule, die reine Theorie und die Konjunkturlehre.

a) *Historische Schule*

Wohl hat *W. Koch* (Die Bedeutung der theoretischen Ökonomie für die allgemeine Soziologie, Tübingen 1955) Recht, wenn er auf die enge Verbindung zwischen Soziologie und *historischer Schule* hinweist. *Schmoller* habe die soziologische Fundierung geradezu zu einem Programmpunkt seiner Richtung erhoben. Die historische Schule ist in ihrem Ausgangspunkt nicht zuletzt als Reaktion auf die Einseitigkeit der klassischen Lehre zu verstehen. Die Vertreter der historischen Richtung betonten den ständigen Wandel im Wirtschaftsgeschehen und erfaßten in ihren konkreten Untersuchungen gerade auch die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die historische Schule blieb aber in ihrer weiteren Entwicklung vor Einseitigkeiten nicht bewahrt. Diese kamen ganz deutlich im Methoden-

streit zum Ausdruck. In der modernen Wirtschaftslehre ist selbst die ausgezeichnete Untersuchung Mitchells über die Konjunkturschwankungen ein Beispiel für eine gewisse Einseitigkeit der Historischen Schule (*Business Cycles* 1927). Was mühsam aufgrund zahlreicher Statistiken herausgefunden wurde, war zum Teil bereits durch die moderne Theorie erkannt. Diese Einseitigkeit wird um so deutlicher, wenn man die Arbeitsweise Mitchells mit dem Verfahren moderner Ökonometriker vergleicht, die in das aufgrund theoretischer Erkenntnisse konstruierte Modell die konkreten Daten einsetzen.

b) Reine Theorie

aa) Übersicht

Die reine Theorie versucht im Wege der Abstraktion allgemeine Gesetzmäßigkeiten zu erkennen. Hierbei bedient sie sich modelltheoretischer Untersuchungen. Unter Modellen verstehen wir hier eine Art Gedankenexperiment. Es wird untersucht, wie bei vereinfachten Annahmen die Wirtschaft funktioniert. Diese Gedankenexperimente sind jenen Versuchen vergleichbar, die z. B. im Rahmen der Naturwissenschaft durchgeführt werden. Während aber der Physiker oder Chemiker in der Lage ist, in Praxis jene Bedingungen zu setzen, die es ihm ermöglichen, einen Einblick in die Zusammenhänge zwischen einzelnen Größen zu gewinnen, trifft dies für die Volkswirtschaft nicht zu. Man kann nicht in Wirklichkeit bestehende konkrete Einzelheiten beseitigen. Wohl aber ist es gedanklich möglich, von wechselnden äußeren Merkmalen absehend, das Wesen einer modernen Volkswirtschaft zu erfassen. Man verwendet daher die Methode der zu- und abnehmenden Abstraktion, um mit ihrer Hilfe an einem Gedankenmodell den Ablauf der Wirtschaft zu beobachten. Im Wege der Abstraktion (d. h. des Wegnehmens konkreter Einzelheiten) kommt man zu vereinfachten Tatbeständen, die die Zusammenhänge der Wirtschaft klar erkennen lassen. Man darf freilich in der Abstraktion nicht zu weit gehen. Es müssen auch im Modell noch die Wesenszüge einer modernen Wirtschaft gewahrt bleiben. Eine zu weit gehende Abstraktion in dieser Hinsicht stellen die Untersuchungen an einem sogenannten Robinson-Modell dar. Mögen auch einzelne Gesetzmäßigkeiten an diesem Modell studiert werden können, so fehlt doch ein wesentliches Merkmal der modernen Wirtschaft, nämlich ihr gesellschaftlicher Charakter. Gerade aus dem Zusammenwirken der verschiedenen Wirtschaftssubjekte ergeben sich ja die Probleme der modernen gesellschaftlichen Wirtschaft.

Will man zu wirtschaftstheoretischen Erkenntnissen kommen, die auch praktisch verwertbar sind, so muß man im Wege der abnehmenden Abstraktion zur Wirklichkeit zurückfinden. Unter anderen

hat die österreichische Schule der Nationalökonomie diesen Weg der abnehmenden Abstraktion ausgebildet. Es handelt sich darum, daß in das Gedankenmodell nach und nach wieder jene konkreten Voraussetzungen eingebaut werden, die vorerst im Sinne einer Vereinfachung der Annahme weggelassen wurden. Die Methode abnehmender Abstraktion kann aber nur dann gelingen, wenn vorher die Abstraktion nicht soweit gegangen ist, daß wesentliche Merkmale der gesellschaftlichen Wirtschaft vernachlässigt wurden.

Wohl ist diese Methode grundlegend für die moderne Theorie. Sie ist aber häufig der Gefahr der Einseitigkeit erlegen. Wir geben im folgenden einige Beispiele:

bb) Modell der freien Konkurrenz

Die Annahmen des Modells der freien Konkurrenz sind so gefaßt, daß alle verwirklicht sein müssen, damit der reibungslose Ablauf der Wirtschaft gesichert ist. Es kann also nicht willkürlich die eine oder andere Annahme fallen gelassen werden, ohne daß dadurch das Wesentliche der freien Konkurrenz, nämlich die ständige Erreichung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, aufgegeben würde. Man kann von einer Komplementarität der Voraussetzungen sprechen. Die Annahmen des Modells der freien Konkurrenz in diesem Sinne sind völlige Marktübersicht, Teilbarkeit und Beweglichkeit des Kapitals, gleichstarke Partner im Wettbewerb und zeitloser Ablauf der Wirtschaft.

Völlige Marktübersicht bedeutet, daß jeder Unternehmer und jeder Konsument die Marktverhältnisse überblicken kann; wäre diese Übersicht nicht gegeben, dann wäre von vornherein freier Wettbewerb ausgeschaltet. Wenn z. B. der einzelne Konsument nicht feststellen kann, wo er am preiswertesten eine bestimmte Ware kauft, wäre ja der Wettbewerb zwischen den betreffenden Händlern oder Produzenten aufgehoben.

Der Teilbarkeit und Beweglichkeit des Kapitals liegt der Gedanke zugrunde, daß sich die Produktion jeweils nach den günstigsten Gewinnchancen richtet. Dadurch ergäbe sich der im Sinne der maximalen Produktion erforderliche Ausgleich der Grenzverwendungen. Eine ständige Ausrichtung der Produktion nach dem größten Gewinn ist aber nur dann möglich, wenn jeweils die Umstellung der Produktion von der einen auf die andere Fertigung möglich ist. Voraussetzung dieser Chance der jeweiligen Umstellung des Kapitals auf günstigste Verwertung ist die Teilbarkeit und Beweglichkeit des Kapitals.

Es ist ferner klar, daß nur dann von freiem Wettbewerb die Rede sein kann, wenn die Startbedingungen für alle gleich sind. Dies wäre

nicht der Fall, wenn einer oder mehrere mächtiger wären als die anderen. Das Modell der freien Konkurrenz nimmt nicht nur gleichstarke Partner auf dem Gebiete der Produktion und des Handels an, sondern auch, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleiche Positionen haben. Träfe dies nicht zu, würde sich ja eine Differenz zwischen personeller und funktioneller Verteilung ergeben, während deren Zusammentreffen für das Funktionieren der Wirtschaft im Modell der freien Konkurrenz erforderlich ist.

Zeitloser Ablauf der Wirtschaft ist insofern eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren der freien Konkurrenz, weil andernfalls in der Zeitspanne zwischen Aktion und Reaktion im Gleichgewichtssystem Störungen eintreten würden. Es wird also angenommen, daß z. B. einer Steigerung des Angebotes eine Preissenkung folgt, die Nachfragersteigerung und Rückgang des Angebotes zur Folge hat und damit augenblicklich wieder das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herstellt, ehe Störungen infolge des Zeitintervalls der Anpassung eintreten könnten.

Die Einseitigkeit liegt nicht in den Annahmen des Modells, sondern darin, daß viele Theoretiker, z. B. auch Keynes, anscheinend vergessen, daß ihre Ableitungen nur unter Annahme der freien Konkurrenz zutreffen, denn sie wenden die modelltheoretischen Ergebnisse ohne abnehmende Abstraktion auf die Wirtschaftspolitik an.

cc) Lausanner Schule

Die **L a u s a n n e r S c h u l e** stellt den Gleichgewichtsgedanken in den Mittelpunkt ihres Systems. Sie geht hierbei von rein statischer Betrachtung aus. Es wird ein weiter Kreis von Erscheinungen als gegeben, als Daten gekennzeichnet und deren Konstanz sowie eine bestimmte Konstellation (stationärer Zustand der Wirtschaft) angenommen. Bei den Naturprozessen sind die Größen der Körperwelt in steter Bewegung, d. h. räumlicher Lageveränderung. Diese Bewegung kann mit konstanter Geschwindigkeit vor sich gehen, der Körper legt in gleichen Zeitabständen gleiche Wegstrecken zurück. Das Bild seiner Bewegung ist unmittelbar klar. In den meisten Fällen aber handelt es sich um wechselnde Geschwindigkeit, in gleichen Zeitabständen werden andere Wegstrecken zurückgelegt. Um diese Bewegungen zu erfassen, zerlegen wir den Bewegungsvorgang in Intervalle und nehmen an, daß innerhalb dieser die Bewegung gleichmäßig sei, d. i. mit konstanter Geschwindigkeit vor sich gehe. Ähnlich arbeitet die Lausanner Schule mit der Annahme, daß der Gesamtablauf der Wirtschaft sich nicht ändere und auch keine Tendenz einer Veränderung in sich trage. Sie stellt die Voraussetzung fest, unter denen ein Gleichgewichtszustand der Wirtschaft bestehen kann. Hierbei unterscheidet

sie zwei Gleichgewichtszustände, stabiles (*equilibre stable*) und labiles Gleichgewicht (*equilibre instable*). Es genügt hier, in knappster Form Sinn und Bedeutung dieser Unterscheidung hervorzuheben.

Es entspricht z. B. einer größeren Produktmenge geringerer Preise dieser Produkte, dem geringeren Preis geringere Produktmenge, dieser wieder höherer Preis usf. So ergibt sich schließlich immer ein Gleichgewichtszustand, d. h. ein solcher, bei dem Angebot und Nachfrage nach dem betreffenden Produkt sich decken.

Kommt es bei diesem Ausbalancieren zu einem Gleichgewichtszustand, der dem ursprünglichen gleich ist, dann war das ursprüngliche Gleichgewicht ein stabiles. Der Ausdruck ist aus der Mechanik entlehnt. Von einem stabilen Gleichgewicht können wir hier sprechen, wenn wir z. B. eine Scheibe an einem Punkt oberhalb des Mittelpunktes befestigen. Sooft wir die Scheibe aus der Ruhelage bringen, immer kehrt sie wieder in diese zurück. Befestigen wir jedoch die Scheibe unterhalb des Mittelpunktes und bringen sie aus der ursprünglichen Lage, wird sie nie mehr in diese zurückkehren. Wir haben den Fall des labilen Gleichgewichtes vor uns. Analog spricht die Lausanner Schule von einem labilen Gleichgewicht. Es liegt dann vor, wenn eine Störung des Gleichgewichtes wieder zu einem Gleichgewicht führt, aber zu einem andersartigen.

Diese Mechanik hat nichts mehr mit menschlichem Handeln in der Wirtschaft zu tun. Das Gleichgewicht der Lausanner Schule ist logisch richtig gedacht, aber fern aller Wirklichkeit. Dies gilt auch für den Versuch, den Hicks in „*Value and Capital*“ macht, das statische Gleichgewicht zu dynamisieren. Es gelingt Hicks, eine gewisse Annäherung an die Probleme der Dynamik zu erreichen, indem er die verschiedenen Gleichgewichtszustände durch den Begriff der *Elastizität der Erwartungen* verbindet. Als grundlegenden Begriff verwendet Hicks die „Woche“. Es handelt sich hier nicht um einen Zeitraum von genau sieben Tagen, sondern einen Zeitabschnitt, innerhalb dessen Preisänderungen unberücksichtigt bleiben können. Hicks verwendet nun bei einem Vergleich der verschiedenen Wochen die Methode der komparativen Statik, wie sie schon von der Lausanner Schule angewandt worden war. Diese Methode kann zwar nicht die Bewegungserscheinungen erfassen, wohl aber Gleichgewichtszustände einander gegenüberstellen, ähnlich wie man etwa feststellen kann, daß das hohe und das tiefe C eine Oktave voneinander entfernt sind, ohne eine Aussage darüber zu machen, wie die Töne miteinander verbunden sind, z. B. durch Tonleiter oder durch Akkorde. Die Feststellung dieser Bewegungsvorgänge wäre die typische Aufgabe der dynamischen Theorie.

Hicks versucht nun die im Rahmen der komparativen Statik isolierten Gleichgewichtszustände miteinander in Kontakt zu bringen, indem er den schon von Keynes in den Vordergrund gestellten Begriff der Erwartungen verwendet und ihn durch den Begriff der „Elastizität der Erwartungen“ ergänzt. Die wesentliche Frage hierbei ist, inwieweit die Erwartungen der künftigen Preise auf Preisänderungen von heute reagieren. Hohe Elastizität der Erwartungen kann in der konkreten Wirtschaft zu einer großen Gefahr werden, z. B. in Zeiten des Aufschwunges, wenn die augenblicklichen Preissteigerungen die Unternehmer zu einem übertriebenen Optimismus veranlassen oder umgekehrt Preissenkungen in Zeiten der Depression weitere Preisabfälle annehmen lassen.

Trotz aller Annäherung an das dynamische Problem können freilich auch mit Hilfe des Begriffes der Elastizität der Erwartungen Bewegungsvorgänge selbst nicht erfaßt werden.

Noch wichtiger aber ist, daß aus dem Gleichgewicht heraus trotz aller Dynamisierungstendenzen, wie sie bei Hicks versucht werden, keinerlei Bewegungsvorgang entstehen kann. Auf diese Weise bleibt der Methode der absoluten Statik auch in der von Hicks so sehr verfeinerten Form die Erfassung und Lösung der wesentlichen dynamischen Probleme verschlossen. Hicks hat selbst diese Unzulänglichkeit erkannt (vgl. II., 1;).

dd) Zusammenfassung

Schon diese bloß als Beispiele gegebenen Hinweise zeigen, daß die Methode der reinen Theorie der Gefahr der Einseitigkeit insofern erlegen ist, als in ihren Modellen wesentliche Momente der gesellschaftlichen Wirtschaft außer acht gelassen oder unzulässig vereinfacht sind.

Die Tatsache, daß die verschiedenen Richtungen der Wirtschaftslehre den Zusammenhang untereinander verloren und nur bestimmte Merkmale der Wirtschaft herausgreifen und meist überbetonen, bringt Einseitigkeiten mit sich. Diese Verzeichnung der Wirklichkeit führt dazu, daß die Teilergebnisse der verschiedenen Richtungen der Wirtschaftslehre nicht, wie etwa die Steine eines Mosaiks, aneinanderfügbar sind, weil sie gar nicht zusammen passen können. So gesehen, bedeutet die Entwicklung zur Einseitigkeit tatsächlich einen Zerfall der früher einheitlichen Wirtschaftslehre.

c) Konjunkturtheorie

Dieselbe Gefahr zeigt sich auf Spezialgebieten der Wirtschaftslehre und wurde auch dort nicht vermieden.

Auf dem Gebiete der Konjunkturlehre z.B. ergab sich eine Entwicklung zur Einseitigkeit. Die Vertreter der verschiedenen

Richtungen der Konjunkturlehre sind meist der Auffassung, daß das von ihnen hervorgehobene Moment der Krisenverursachung das entscheidende sei. So waren z. B. die einen der Auffassung, daß bloß von der Geldseite her, und zwar dadurch, daß der Marktzins unter den natürlichen Zins sinkt, Überkonjunkturen, an deren Ende Krise und Depression stehen, ausgelöst werden. Andere sahen in der Überproduktion oder Unterkonsumption ausschließliche Krisenerklärung. Tatsächlich können viele der Krisentheorien als relativ richtig angesehen werden, d. h. historisch betrachtet gab es Krisen, die einmal durch diese, einmal durch jene Veranlassung ausgelöst waren.

Wir haben aber zu unterscheiden zwischen den Krisengründen, d. h. jenen inneren Gesetzmäßigkeiten, auf Grund deren es immer wieder zu Krisen und Depressionen kommen muß, und den unmittelbaren Veranlassungen, welche die Schwankungen auslösen. Gewisse Ähnlichkeiten in den verschiedenen Konjunkturzyklen ergeben sich nicht so sehr aus einer Gleichheit der unmittelbaren Veranlassungen, sondern aus inneren Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft. Sie erklären eine gewisse Anfälligkeit der Wirtschaft auf äußere Veränderungen, ähnlich wie ein geschwächter Körper für Krankheitserreger wesentlich empfänglicher ist als ein gesunder. Die moderne Theorie stellt daher die Untersuchung des Konjunkturverlaufs in den Gesamtzusammenhang des wirtschaftlichen Wachstums, das u. a. auch von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur und der Wirtschaftsverfassung abhängig ist. So biegt sich die Tendenz zur Einseitigkeit gewissermaßen selbst um und führt zu Tendenzen der Aggregatbildung.

II. Aggregatbildung im Zuge des Ausbaues einer angewandten Wirtschaftstheorie

Die Probleme der Wirtschaftsdynamik, insbesondere des wirtschaftlichen Wachstums, waren es in erster Linie, in deren Bereich sich eine Aggregatbildung vollzog. Hier stieß die reine Theorie sehr bald an ihre notwendig gezogenen Grenzen.

1. Dynamisches Gleichgewicht

Während Hicks in seinem Werke „Value and Capital“ die Methode der starren Statik benützt und daher die Bewegungsvorgänge der Wirtschaft überhaupt nicht erfassen kann, ist gerade dies das unmittelbare Problem seiner Theorie über die Konjunkturschwankungen (Trade Cycle, Oxford 1950).

Hicks baut auf dem Begriff des dynamischen Gleichgewichts auf, wie ihn Harrod entwickelt hat. Dynamisches Gleichgewicht ist jenes, das sich der gleichmäßigen Erweiterung der Wirtschaft anpaßt. Damit dieser Gleichgewichtszustand zustandekommen kann, müssen be-

stimmte Grundbedingungen, die schon Harrod angegeben hat, erfüllt sein. Entscheidend ist, daß die Investition von Periode zu Periode um eine bestimmte Wachstumsrate zunimmt. Das Einkommen muß sich der Investition anpassen, so daß die Relation zwischen Investition und Einkommen von Periode zu Periode dieselbe bleibt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß ein System nur dann in fortschreitendem Gleichgewicht verbleiben kann, wenn es vollkommen diesem angepaßt ist. Dies verlangt also u. a., daß die Kapitalmenge der laufenden Erzeugung entspricht und jeweils zu den richtigen Daten erneuert wird. Die veranlaßte Investition (die bedingt ist durch die vorangegangenen Änderungen in der Produktion) muß im Einklang stehen mit der gleichmäßigen Entwicklung. Es dürfen keine außerordentlichen Störungen oder Senkungen vorkommen, da diese sofort Abweichungen vom Weg des Gleichgewichtes bedeuten würden. Außerdem muß angenommen werden, daß die Relation von Konsumtion und Investition und die Entwicklung der autonomen Investition so gestaltet sind, daß das Gleichgewicht erreicht werden kann. Trotzdem bleibt die Frage offen, ob es ein ständig aufsteigendes Gleichgewicht sein wird oder aber ein Gleichgewicht mit aufsteigenden Grundlinien, jedoch mit bestimmten Oszillationen.

Die Grundursache jeder sich entfaltenden Wirtschaft und ihres Gleichgewichtes ist der Accelerator. Er ist aber auch die Ursache für die Schwankungen und deren Periodizität.

Das Ergebnis der bis ins Einzelne gehenden Untersuchungen von Hicks ist, daß unter bestimmten engen Voraussetzungen ein Gleichgewicht einer sich allmählich entwickelnden Wirtschaft möglich ist. Eine äußere Veranlassung, die die Entwicklung aus der Gleichgewichtslinie in aufwärtsgerichtetem Sinne verdrängt, würde immer umfangreichere Schwankungen auslösen, wenn nicht der Aufschwung durch äußere Umstände, z. B. Mangel an zusätzlichen Arbeitskräften oder Rohstoffen, aufgehalten und in den Abschwung verwandelt würde. Dieser Niedergang kann nicht ins Bodenlose führen, weil schließlich die Desinvestitionen aufhören und durch Neuinvestitionen abgelöst werden müssen. Dadurch wird nach einer Zeit der Depression wieder ein Aufschwung durch die Wirksamkeit des Accelerator-Prinzips ausgelöst.

Der Theorie haftet, wie der Gleichgewichtstheorie überhaupt, der Fehler an, daß sie aus sich heraus nicht das Entstehen von Bewegungsvorgängen erklären kann. Ebenso wenig, wie sich aus dem stationären Gleichgewicht eine Bewegung ergeben kann, ebenso wenig kann eine Änderung im sich entwickelnden Gleichgewicht von innen her erklärt werden. Es muß

irgendeine äußere Ursache angenommen werden, um überhaupt jenen Zyklus auszulösen, den Hicks als Realzyklus bezeichnet. Abgesehen von den spezifischen Grundannahmen für das Modell der sich allmählich entwickelnden Wirtschaft bleiben offensichtlich die Grundannahmen des Modells der freien Konkurrenz bestehen, so daß sich die von der Wirklichkeit abweichenden Annahmen geradezu häufen.

2. Preisbildung und Wirtschaftsmacht

Eine Entwicklung zur Aggregatbildung zeigt sich hinsichtlich der Probleme der Preisbildung. Die modelltheoretischen Untersuchungen über das Zustandekommen der Preise bei freier Konkurrenz schweben angesichts der modernen Wirtschaftsentwicklung sozusagen im luftleeren Raum. Praktisch können die Bedingungen nirgends erfüllt werden. Die Probleme der Macht treten in den Vordergrund. Die Vermachtungstendenzen in der Wirtschaft gelten für jede Verkehrswirtschaft unter der Annahme, daß das Kapital (Sachkapital und Geldkapital) eine wichtige Rolle spielt und die Unternehmer einen Teil ihrer Unternehmerfunktion an andere, z. B. an ein Kartellbüro, abgeben. Unter dieser Voraussetzung setzt mit innerer Notwendigkeit eine Selbstzerstörung der freien Konkurrenz ein. Wir können dann von einer inneren Gesetzmäßigkeit der Selbstzerstörung — positiv ausgedrückt — von Konzentration sprechen, wenn das größere Unternehmen oder die zusammengeschlossenen Unternehmungen wirtschaftliche Vormachtstellungen erlangen, z. B. gegenüber kleinen und mittleren Unternehmungen derselben Branche oder gegenüber den Konsumenten oder den Lieferanten oder den Arbeitnehmern.

Die moderne Technik hat es mit sich gebracht, daß eine Reihe von Produktionen nur in Großbetrieben durchgeführt werden kann. Zwar hat die Technik auch gewisse Dezentralisierungsmöglichkeiten geschaffen, z. B. durch den Elektromotor, andererseits aber ist die Leistungsfähigkeit einzelner Maschinen so groß, daß sie durch einen kleinen Betrieb nicht voll und daher nicht rentabel ausgenutzt werden kann. Dazu kommt, daß sich die Arbeitsteilung ja nicht nur auf das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine, sondern auch auf das Verhältnis der Maschinen untereinander erstreckt, d. h. daß Maschinen vielfach erst im Zusammenhang mit anderen, im Aggregat, wirksam werden. In Großunternehmungen oder Unternehmerorganisationen stehen u. a. für eine rationelle und erfolgreiche Weiterentwicklung technischer Neuerungen gemeinsame Laboratorien und Versuchsanstalten zur Verfügung, die dem kleineren Unternehmen mangeln. Zudem können die besten Ingenieure und Techniker angeworben

werden. Auf diese Weise ergibt sich im „long run“ eine Senkung der Kosten und die Möglichkeit, den Markt durch bessere Qualität und niedrigere Preise zu beherrschen.

Neben dieser mehr von der technischen Seite her begründeten Konzentrationsbewegung ergeben sich Tendenzen, die primär machtpolitisch begründet sind. Gerade die inneren Störungsgesetze, die ein ständig zunehmendes Risiko für die Unternehmungen mit sich bringen, drängen zu einer Konzentration auf Grund des Gesetzes der Macht. Für die kapitalistische Wirtschaft ist u. a. das Streben nach Gewinn um des Gewinns willen und der Erringung von Wirtschaftsmacht charakteristisch. Aus diesem Bestreben nach Verringerung des Risikos und Steigerung des Profits kam es zu den ersten Unternehmerzusammenschlüssen. Dadurch aber trat auf bestimmten Wirtschaftsgebieten an Stelle einer annähernden Konkurrenz eine Monopol- oder monopolartige Wirtschaft. Die Unternehmer haben sich sozusagen selbst aufgegeben, indem sie in steigendem Maße ihre Unternehmerinitiative an Kartelle und Konzernbüros abgaben. Dadurch wurde eine Lawine der Machtbildung ins Rollen gebracht.

Jetzt erst trat die Bedeutung der Reklame in den Vordergrund, die mehr und mehr die Preis- und Qualitätskonkurrenz ersetzt. Gerade im Reklamekampf ist aber das Großunternehmen — unabhängig davon, ob technische Dezentralisation möglich ist oder nicht — weit aus im Vorsprung. Denn ein Unternehmen A, das z. B. das Zehnfache gegenüber einem Unternehmen B produziert, kann zehnfach soviel Reklame aufwenden als B, ohne daß auf das einzelne Stück mehr an Reklamekosten entfielen.

Man hat angeführt, daß diesen Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft Gegenströmungen entgegenwirken; so z. B., wenn man davon spricht, daß durch die Ausbreitung des Verkehrs die lokalen Vormachtstellungen gebrochen worden oder daß alle Produktionen durch sogenannte Surrogatindustrien konkurrenziert seien. Es ist richtig, daß die Stellung des Geschäftsmannes auf dem Lande durch die Erleichterung des Verkehrs geschwächt worden ist. Dafür aber sind gerade durch die günstigen Verkehrsverhältnisse umfassende neue Vormachtstellungen entstanden. Es ist richtig, daß immer wieder neue Produkte erfunden werden, die andere verdrängen. Als Beispiel könnten Kunstseide und Nylon angeführt werden. Gerade die Surrogatindustrien aber haben sich zu stärksten Vormachtstellungen in der Wirtschaft entwickelt. Auch hierbei sind innere Gesetzmäßigkeiten maßgebend. Ein kleines Unternehmen hätte z. B. niemals die Millionen Dollars in Versuchsreihen investieren können, die schließlich zur Erfindung des Nylon führten.

Diese Tendenzen der Konzentration hat freie Konkurrenz völlig zurücktreten lassen. Eine Reihe von Vertretern der modernen Wirtschaftslehre sind der Auffassung, daß man angesichts der Vorherrschaft der großen Unternehmungen und der Unternehmenszusammenschlüsse nicht mehr mit Berechtigung von freier Konkurrenz sprechen könne. Sie sei „zur Chimäre geworden“. An ihre Stelle sei das Gesetz von Macht und Gegenmacht getreten. Macht aber ist in erster Linie ein soziologisches Problem, so daß das Kernstück der Wirtschaftslehre, nämlich die Preisbildung, notwendigerweise aus dem Bereich der reinen Theorie in den umfassenden der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre führt.

Im Vordergrund steht nicht das Monopol, sondern die *monopolistische Konkurrenz*, die sich vom Monopol u. a. dadurch unterscheidet, daß der Unternehmer, der in monopolistischer Konkurrenzstellung steht, das Verhalten der übrigen Wettbewerber berücksichtigen muß. Damit aber sind psychologische, soziologische Momente und Probleme der Wirtschaftsmorphologie in den Kreis der Betrachtung gezogen. Unter dem Bild des Spielers versucht man die Probleme theoretisch zu erfassen. Am bekanntesten ist der Versuch von J. Neumann und C. Morgenstern. Es handele sich beim wirtschaftlichen Handeln nicht um ein Maximum, sondern um ein Minimaxproblem, sozusagen darum, dem Spielpartner wohl einige Stiche zu lassen, damit er weiter spielt, ihn im übrigen aber soweit als möglich hineinzulegen.

3. Aggregatbildung in der Geldlehre

Ein weiteres Beispiel der Aggregatbildung aus Teilgebieten der Wirtschaftslehre bietet die Geldtheorie. Sie führte lange Zeit hindurch eine Art Eigenleben neben der naturalwirtschaftlichen Betrachtung. Man glaubte, Geldprobleme losgelöst von den wirtschaftlichen und soziologischen Vorgängen behandeln zu können. Es herrschte die Vorstellung vor, daß verfehlte Geldpolitik gewissermaßen von außen her die naturalwirtschaftlich begründete Harmonie der Wirtschaft störe; man könnte aber auch durch entsprechende Geldpolitik die Störungen vermeiden oder wieder aufheben. Als unfehlbare Waffe galt die Diskontpolitik. Die moderne Entwicklung der Wirtschaftslehre zeigt aber, daß eine Trennung von Geld- und allgemeiner Wirtschaftstheorie nicht möglich ist, daß sich vielmehr Geld- und naturalwirtschaftliche Vorgänge durchdringen und gegenseitig bedingen. Vor allem war es Keynes, der den inneren Zusammenhang systematisch in den Vordergrund stellte. Während in der Zeit, als das Hauptwerk von Keynes erschien, die Überwindung der Arbeitslosigkeit das Entscheidende war und die Probleme des Geldwertes

zurücktraten, hat sich heute, da in den meisten Industriestaaten Vollbeschäftigung herrscht, das Schwergewicht verschoben. Immer aber geht es noch um die Zusammenhänge zwischen Geldwert und Vollbeschäftigung. Gerade diese Problemstellung aber führt von der reinen Theorie in die Gesamtzusammenhänge von Wirtschaft und Gesellschaft. Im folgenden seien einige aktuelle Probleme als Beleg angeführt.

Vorerst einmal ist die Verbindung zwischen **Notenbank** und **Budgetpolitik** zu beachten. Hierbei geht es nicht um Finanzpolitik im alten Sinne, die sich primär um die Beschaffung der Mittel für den Staatshaushalt kümmerte, sondern um Fiskalpolitik, bei der die gesamtwirtschaftlichen Aufgaben vordringlich erscheinen. **F. A. Lutz** hat in einem Vortrag „Notenbank und Fiskalpolitik“, den er im Januar 1957 in der Landeszentralbank Baden-Württemberg hielt, untersucht, inwiefern Fiskalpolitik bei den verschiedenen Wirtschaftsphänomenen als Ergänzung der Notenbankpolitik notwendig ist. Eindeutig träfe dies im Falle der Depression zu. Auch im Falle der Hochkonjunktur und hinsichtlich Zahlungsbilanzausschuß ergäben sich theoretisch wichtige Funktionen der Fiskalpolitik, deren praktische Durchführung Lutz jedoch nicht ausreichend sichergestellt erscheint.

Abgesehen von der naheliegenden Verbindung Geld- und Fiskalpolitik eröffnet sich ein weiter Bereich der Verbindungslinien zwischen den Fragen des **Geldes** und von **Wirtschaft und Gesellschaft**. Erst kürzlich hat **W. Bauer** in einem Aufsatz „Geldwertstabilität als wirtschaftspolitische Forderung“ auf diese Zusammenhänge verwiesen (Sparkasse 1957, Heft 21). Er betont hierbei u. a. die Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Einstellung und wachstumskonformes Verhalten von **Unternehmern** und **Gewerkschaften**. **S. Posthuma** hat in einer Arbeit „Staatliche Währung und Vollbeschäftigung“ (Sparkasse, 15. August 1957) die Gefährdung der Stabilität nicht so sehr in geldpolitischen als in wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen gesehen. U. a. erwähnt er die Ausgaben des Staates für soziale Fürsorge und Rüstung und die sogenannte Investitionsinflation. Aus dieser Auffassung zieht Posthuma wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen, die zwar geldpolitische Wirkung haben sollen, sich aber primär auf andere Gebiete beziehen, vor allem Beschränkung des Verbrauches, Erhöhung der Produktivität mit möglichst wenig Investition. In der Zeitschrift „Banca Nazionale del Lavoro“ (Sept. 1956) setzt sich **G. Haberler** in dem Aufsatz „Monetary and Real factors affecting economic stability“ mit denselben Problemen auseinander. Er glaubt einen **Trend säkularer Inflation** zu erkennen, wobei sich Geldfaktor, psychologische Mo-

mente, Starrheit der Preise und Löhne in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken.

Auch die Fragen der Wirtschaftsstruktur spielen in der Erfassung der Vorgänge in der Geldsphäre eine wesentliche Rolle. U. a. ist dies deutlich in einem Aufsatz von E. Küng „Langfristige Geldentwertung“ zum Ausdruck gebracht (Privatkommerzbank 1956, Juni). Das verschiedene Tempo des technischen Fortschrittes in der primären, sekundären und tertiären Produktion spielt eine wesentliche Rolle in der säkularen Inflation. Der technische Fortschritt in der sekundären Produktion sei wesentlich rascher als in der primären und tertiären. Machtverhältnisse in diesem Sektor der Produktion führen aber zu einer „brancheinternen Absorption“. Produktivitätssteigerungen werden nicht durch Preissenkungen weitergegeben. Diese wären in der Lage, die notwendige Preisstarrheit und zum Teil Preissteigerung in primärer und tertiärer Produktion im Sinne einer Geldwertstabilisierung zu kompensieren.

Das von Max F. Millikan herausgegebene Sammelwerk: *Income stabilization for a developing democracy, a study of the politics and economics of high employment without inflation* (New Haven 1953) legt besonderes Gewicht auf die Zusammenhänge zwischen Geld- und allgemeiner Wirtschaftslehre. Millikan selbst hebt als Aufgaben einer geldwertstabilisierenden Politik weniger geldwirtschaftliche als wirtschafts- und sozialpolitische Ziele hervor.

In fast allen einschlägigen Untersuchungen wird auf die Notwendigkeit der Sicherung der Geldstabilität von der produktions- und einkommenspolitischen Seite her verwiesen. Besonders hervorgehoben seien die einschlägigen Aufsätze und Vorträge, die in den „Papers and Proceedings“ des *American Economic Review*, Mai 1957, veröffentlicht und in dem Abschnitt „Business Fluctuations and Inflation“ zusammengefaßt sind. U. a. arbeitet R. L. Reiersen in dem Aufsatz „Is Inflation avoidable?“ (S. 145 ff.) Gründe für die säkulare Inflation heraus. U. a. trage an diesen Tendenzen Schuld das Dogma von der ständig wachsenden Wirtschaft. Damit im Zusammenhang stehe der Investment boom. Dazu kämen die steigenden Lohnkosten und der Impatience Factor. Man könne es gar nicht erwarten, den Lebensstandard zu steigern. Schließlich dürfte als psychologischer Faktor die allgemeine Annahme nicht übersehen werden, daß der Geldwert nicht zu halten ist.

Der Glaube an eine automatisch wirkende Kraft, die den Geldwert stabilisieren könne, wie er noch in der alten Geldtheorie vorhanden war, ist längst verloren gegangen. Nur durch eine Koordination verschiedener wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen könnte das geldpolitische Ziel erreicht werden. Die Tendenz „di elevare le

tecniche monetarie a fini misteriosi“ wird im allgemeinen abgelehnt. (T. Balogh, *Politica monetaria: Nuove dottrine e antichi errori*, Rassegna economica, 1956, N. 3.) Im Grunde ist die Feststellung des „Trend“ (Febr. 1956), in dem Aufsatz „Alternatives to the credit squeeze“ richtig: „The trusty sword of bankrate—a rusty weapon.“

4. Bei den Beispielen für die Aggregatbildung aus Teilgebieten der Wirtschaftslehre gingen wir von drei verschiedenen Wirtschaftsfragen (wirtschaftliches Wachstum, Preis, Geld) aus. Die Verfolgung der Probleme führte jeweils zu umfassenden Zusammenhängen in der gesellschaftlichen Wirtschaft. Die Problemgebiete überschneiden und durchdringen sich. Die Aggregatbildung, das Nebeneinander und Überschneiden der Untersuchungsergebnisse auf verschiedenen Teilgebieten ermöglicht aber noch keine einheitliche Erfassung der inneren Zusammenhänge.

III. Tendenzen und Widerstände einer Synthese in der Wirtschaftslehre

Die Untersuchungen zeigten den Weg von der Einheit zur Einseitigkeit in der Wirtschaftslehre. Die Einseitigkeit bringt es nicht nur mit sich, daß jeweils bloß schmale Ausschnitte des Wirtschaftsgeschehens ins Auge gefaßt werden, sondern führt auch zu einer Verzerrung der Ergebnisse, die eine einwandfreie theoretische Erfassung der Zusammenhänge verhindern und als Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik nicht geeignet sind. Es ist daher begreiflich, daß sich in zunehmendem Maße Tendenzen einer Synthese in der Wirtschaftslehre zeigen, die jedoch von manchen Seiten her auf Widerstände stoßen.

1. Für und Wider einer Synthese der Wirtschaftslehre

Als vor etwa 20 Jahren Johan Akerman sein bekanntes Werk „Das Problem der sozialökonomischen Synthese“ (Lund 1937) veröffentlichte, war er gleichsam ein Rufer in der Wüste. Er hat in diesem Werke darauf hingewiesen, daß es erste und wichtigste Aufgabe der Nationalökonomie wäre, den Grundstein der ökonomischen Wertbestimmung deduktiv aus der menschlichen Erkenntnis einer vernünftigen Weltordnung zu bestimmen. Für die moderne Wirtschaftslehre stellt Akerman fest: „Die Wirtschaftslehre ist gewissermaßen nichts anderes als eine Kristallisierung um Wirtschaftsprobleme der geltenden Welt- und Lebensanschauung. Sie ist mit anderen Worten eine Anwendung der praktischen Philosophie. Es gibt spezielle technische, monetäre, kom-

merzielle, organisatorische Probleme, die von diesen generellen Wertungen und Fragestellungen unabhängig zu sein scheinen; aber bei genauerem Nachdenken zeigt sich, daß diese scheinbar speziellen, für sich allein stehenden Probleme nicht gelöst werden können, ohne eine generelle Arbeitshypothese und eine generelle Einstellung zur Aufgabe und Bedeutung des gesamten ökonomischen Lebens“ (a.a.O. S. 84). F. P e r r o u x hat sich in *Économie Appliquée*, April 1948, nachdrücklichst gegen den übermäßigen Gebrauch der Daten in der Nationalökonomie gewendet, die nicht erklärt werden müßten, weil es sich entsprechend den willkürlich gemachten Annahmen um „außerökonomische Elemente“ handelt. In Wahrheit aber gehe es häufig darum, Anstrengungen zu ersparen und Ungewißheit zu entschuldigen. Den Versuch, die Zusammenhänge sozialen Lebens in das Bereich außerökonomischer Daten zu verweisen, hat wohl auch E. B ö h l e r im Auge, wenn er auf die Gefahr verweist, daß in der Nationalökonomie die Exaktheit der Darstellung, die nur unter extrem vereinfachten Voraussetzungen gilt, mit der Sicherheit des Aussagewertes für die Wirklichkeit verwechselt wird (Grundlagen der Nationalökonomie, Bern 1948, S. 7). Auch J. M a r c h a l betont die Notwendigkeit der Verbindung von Soziologie und Geschichte für die moderne Wirtschaftswissenschaft. Man dürfe nicht den Menschen in einen vervollkommenen Roboter verwandeln, dessen sämtliche Reaktionen vorauszusehen sind. Wirtschaftswissenschaft sei eben Wissenschaft vom Menschen (Gegenstand und Wesen der Wirtschaftswissenschaft, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1950, S. 599 ff.). Wiederholt hat G. W e i p p e r t in seinen tiefeschürfenden Ausführungen auf die Notwendigkeit der Erfassung der inneren Zusammenhänge der Sozialwissenschaft hingewiesen. So z. B. in seinem Aufsatz „Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie“ (Weltwirtschaftliches Archiv, 1939, I, S. 30): „Der Seinscharakter eines verstehbaren Objektes ist nicht ohne ein ihm immanentes, ihm wesensgemäßes zugehöriges Sollen denkbar.“ In einprägsamer Weise betont H. v. B e c k e r a t h in seinem Nachwort zu E. L e w i s „Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums“ (1956): „die Zeit für zusammenfassenden Überblick und Synthese der Resultate aus Einzelforschungen ist gekommen.“

Hat es aber wirklich Sinn, die verschiedenen Teilgebiete der Wirtschaftslehre einheitlich zu erfassen, mag mancher fragen. Gilt nicht der in der englischen Literatur gebräuchliche spöttische Vorwurf des „Systembuilders“ auch für die Versuche einer sozialökonomischen Synthese? Nach Auffassung vieler Forscher genügt es, in Einzeluntersuchungen Teilgebiete zu analysieren, ohne daß die Notwendigkeit bestünde, die Ergebnisse in ein System einzugliedern.

Dann mag es allerdings kommen, wie es kürzlich L. L. B. Angus charakterisierte: „And everyone laughs at his neighbor for his ignorant childish views“ (Economic Intelligence, 1957 Nov.). Diese Schwierigkeiten würden bei einer synthetischen Nationalökonomie von vornherein verschwinden.

Jede Synthese erfordert ein Zurückgehen auf philosophische Grundlagen. Heißt das aber nicht, die Wirtschaftswissenschaft der „Metaphysik“ ausliefern? Der sogenannte „Wiener Kreis“, eine Gruppe von Positivisten, kämpft aufs schärfste gegen solche Bemühungen. Sie untersuchen in erster Linie die logischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der Wissenschaft und möchten die Philosophie von ihren wirklichen oder vermeintlichen Scheinproblemen befreien. Unter anderem hat H. Albert in einem Aufsatz „Das Werturteilsproblem im Lichte der logischen Analyse“ (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1956, S. 410 ff.) diese Gedankengänge neuerdings vertreten. Mit besonderer Schärfe werden Ausführungen Weipperts, auf die wir später noch zurückkommen, als „pseudoobjektive Sprechweise“ charakterisiert (a.a.O. S. 431). Albert sieht wohl das Problem auch zu einfach, wenn er es „ganz einfach“ sieht: „Jedenfalls sind Werturteile bestimmte Arten von Ausdrücken aus der Sprache, und das Werturteilsproblem ist ganz einfach das Problem, ob diese Ausdrücke in die Wissenschaft hineingehören oder nicht.“

Sicher spielen die von Perroux angegebenen „Ausreden“, um sich die Sache bequemer zu machen, eine gewisse Rolle. Dazu kommt eine gewisse Freude an der logischen Unangreifbarkeit der Modelle und das Gefühl, im Wolkenkuckucksheim völlig abstrakter Untersuchungen über politische Probleme erhaben zu sein. Der entscheidende Grund für den Mangel einer Synthese im angegebenen Sinne liegt doch wohl tiefer. Synthese ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Nur dann ist eine einheitliche Erfassung möglich, wenn die verschiedenen Erscheinungen auf einen Punkt hin konzentriert werden können, gewissermaßen den „archimedischen“ Punkt, von dem aus der einheitliche Überblick über die Einzelheiten der gesellschaftlichen Wirtschaft möglich ist. Ein solcher zentraler Beziehungspunkt läßt sich bei teleologischer Betrachtungsweise finden. Hierbei genügen nicht hypothetische Ziele, d. h. die Annahme, als ob ein bestimmtes Ziel gegeben wäre. Relativität und Labilität der Wirtschaftslehre wären die Folgen. An ihrem formalen Charakter würde im wesentlichen nichts geändert. Die Einheit der Wirtschaftszusammenhänge kann sich nur in Bezug auf letzte absolute Werte und Ziele hin ergeben. Gerade dies aber will man, insbesondere seit

Max Weber, als „Weltanschauung“ aus dem Kreis wissenschaftlicher Untersuchungen ausschließen.

F. Kaufmann hat in seinem Buche „Methodenlehre der Sozialwissenschaften“, Wien 1936, die These aufgestellt, die Behauptung absoluter Werte bzw. absolut richtiger Ziele könne nicht in die Wissenschaft eingehen. Die Behauptung absoluter Werte sei geradezu widersinnig (a.a.O. S. 178). Denn es gäbe keine im Sein der Wirtschaft begründeten Ziele. Diese müßten vielmehr „vorausgesetzt“ werden. Ähnlich Albert. Er weist allerdings der Nationalökonomie schließlich ein sehr enges Bereich der Untersuchungen zu: Nationalökonomie könne „nichts anderes sein als eine Soziologie der kommerziellen Beziehungen“ (S. 437). In der neuesten Darstellung über Welfare Economics wird nach Feststellung der Übereinstimmung in einigen allgemeinen Fragen die Unmöglichkeit einer Einigung über die Grundlagen für die Welfare Theory behauptet. (I. De V. Graaff, *Theoretical Welfare Economics*, Cambridge 1957.) Gibt aber nicht Graaff selbst, vielleicht unbewußt, einen Hinweis, warum in seinem System offensichtlich keine Synthese möglich ist, wenn er von einer „individualist theory of welfare“ spricht (S. 169). Es geht eben nicht nur um die Individual-, sondern ebenso um die Sozialnatur des Menschen.

Die Argumente gegen das Zurückgehen der Sozialwissenschaften auf ontologische Zusammenhänge und damit auf absolute Werte und Ziele sind über die von Max Weber vorgebrachten im wesentlichen nicht hinausgekommen. Zum Teil kämpft man gegen „Windmühlen“, so z. B., wenn man wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen mit dem Zurückgehen auf absolute Werte verwechselt. Es handelt sich primär um Erfassung von Seinszusammenhängen und nicht um Aufstellung von Postulaten. Diese Auffassung aber scheint Albert gelegentlich seinen Untersuchungen zugundestulegen. So z. B. wenn er schreibt: „Es ist ein Unterschied zwischen dem Ideal, die Wahrheit zu erforschen und zu übermitteln, und dem anderen, eine in irgendeinem Sinne gerechte Ordnung des sozialen Lebens herbeiführen zu helfen, und wir sind nicht sicher, daß diese beiden Aufgaben in jeder Situation miteinander kompatibel sind.“

Bezeichnend ist, daß die sogenannten „werturteilsfreien“ Richtungen nicht um Werturteile herkommen. Nur das eine oder andere Beispiel sei erwähnt.

Wenn z. B. behauptet wird, der Konsument sei es, der die Richtung der Produktion bestimmt, so ist dies keine Tatsache, sondern eben ein Postulat. Die Souveränität des Konsumenten ist nicht Realität, sondern bloß Wunsch.

Ebenso steckt ein Werturteil in der Behauptung, wie sie häufig von Vertretern des Liberalismus aufgestellt wird, jeder wisse am besten, was für ihn gut ist. Wir erfahren bei uns und bei anderen, wie oft dies nicht zutrifft.

Mit gewisser Befriedigung wird gleichfalls von manchen Vertretern des Liberalismus darauf hingewiesen, daß die Mechanik des Marktes zu höchster Produktivität und zu einem Höchstmaß an Produktion führe. Hierbei wird angenommen, daß dies offenbar anzustreben sei. Dies ist jedoch keineswegs klar; gerade die sprunghafte Entwicklung der Technik hat gezeigt, daß es nicht ausschließlich auf ein Maximum an Produktion und Produktivität ankommen kann. Jedenfalls aber handelt es sich bei der Behauptung des Produktionsmaximums als Aufgabe der Wirtschaft um ein Werturteil. Auch die Aufgabe des Preises, den Markt im Gleichgewicht zu halten, erschien — wie Ackenman hervorhebt (a.a.O. S. 313) — immer mehr als ein Umgehen des teleologischen Gedankens.

Das Gleiche gilt, wenn eine Einkommensverteilung nach der Leistung im Betrieb als die wirtschaftlich Richtige angesehen wird. Es kommen ja auch noch andere Leistungen, die für die Gesamtheit wertvoll sind, in Betracht. Denken wir zum Beispiel an die Fragen des Familieneinkommens. Jedenfalls ist wieder klar, daß die angeblich wertfreie Feststellung, eine leistungsmäßige Einkommensbildung sei „wirtschaftlich“, nichts anderes als ein Werturteil darstellt.

Es gibt einige Autoren, die versuchen, vermittelnde Standpunkte einzunehmen, so z. B. H. Giersch in seinem Aufsatz „Das Problem der Objektivität des wirtschaftspolitischen Urteils“ (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1951, 107. Bd., S. 247 ff.). Er glaubt einen Ausweg dadurch gefunden zu haben, daß er in der sozialökonomischen Norm eine Partialnorm sieht, die ihre Verbindlichkeit einbüßt, sobald sie mit anderen Normen kollidiert. „Aber dem Nationalökonomem muß das Recht zugebilligt werden, das Gewicht seiner Partialnorm vor dem Forum der gesellschaftlichen Entscheidungen deutlich herauszustellen.“ S. 252. Was aber Giersch dann im Zusammenhang mit der sogenannten Partialnorm als Forderungen herausarbeitet, die aus der Form der individuellen Freiheit folgen, ist zumindest sehr bestreitbar. So z. B., wenn es auf Seite 253 heißt: „Die Erreichung des sozialen Befriedigungsmaximums setzt die Erreichung der individuellen Befriedigungsmaxima voraus. Daraus folgt, daß den Individuen mindestens die Möglichkeit gewährt werden muß, ihren Nutzen zu maximieren. Andernfalls besteht die begrün-

dete Vermutung, daß die Summe aller Nutzen unter dem potentiellen Gesamtnutzen liegt. Den Gegenbeweis anzutreten, dürfte praktisch unmöglich sein.“ Was heißt individuelles Befriedigungsmaximum? Ist hierbei auf die Gesamtwohlfahrt Rücksicht zu nehmen? Anscheinend denkt Giersch hieran nicht. Wie aber kann dann Befriedigungsmaximum Voraussetzung der Erreichung des sozialen Befriedigungsmaximums sein? Was ist unter sozialem Befriedigungsmaximum zu verstehen? Ist es nicht überholt, „die Summe aller Nutzen“ einem potentiellen Gesamtnutzen „als dem sozialen Befriedigungsmaximum“ zugrunde zu legen? Diese Fragen und die Unmöglichkeit ihrer eindeutigen Beantwortung zeigen allein schon, daß der Weg der „Partialnorm“ nicht befriedigend ist.

Einfacher macht es sich P. A. Samuelson (Economics, New York 1948, S. 15), wenn er sich im wesentlichen mit dem Hinweis beruhigt, daß eine allgemeine Auffassung über das Wirtschaftsziel bestehe. „Fortunately, there is some underlying agreement with respect to social ends. Most western peoples profess to prefer a measure of individual freedom of choice and action, a high and improving standard of living, an equitable distribution of income between classes so that gross inequalities are to be tolerated only if there is some strong and compelling reason.“

Die Tatsache, daß einige Nationalökonomien in einer bestimmten Auffassung übereinstimmen, ist keineswegs ein schlüssiger Beweis dafür, daß diese Auffassungen richtig sind. „Mehrheitsentscheidungen“ zählen in der Wissenschaft nicht.

2. Synthese auf Teilgebieten der Wirtschaftslehre

Wenn auch von einer modernen umfassenden Synthese der Wirtschaftslehre kaum gesprochen werden kann, so waren die Tendenzen zu einer Synthese so stark, daß sie sich auf Teilgebieten der Wirtschaftslehre realisierten. Wir greifen zwei Beispiele heraus. Es handelt sich keineswegs um eine Darstellung der Problematik der Teilgebiete, sondern um Hinweise auf Zusammenhänge mit den hier behandelten Grundfragen.

a) Theorie des Wachstums der Wirtschaft

Die moderne Theorie des Wachstums der Wirtschaft erkennt stärker die Gesamtzusammenhänge und zieht insbesondere weitgehend auch soziologische Gesichtspunkte heran. W. Kraus z. B. betont in seinem Buch „Wirtschaftswachstum und Gleichgewicht“ (Ffm. 1955) bei Umreißung der Problemstellung, daß eine Gestalt-

analyse eines expansiven Wirtschaftssystems notwendig sei. „Sie beschränkt sich nicht auf ökonomische Fragestellungen, sondern umfaßt auch jene geistigen, soziologischen und politischen Kräfte, die den Kapitalismus als Gesamterscheinung konstituieren“ (S. 9).

W. G. Hoffmann hat in seinen zahlreichen Abhandlungen über Wachstumsprobleme der Wirtschaft gleichfalls den Rahmen der Untersuchung weit gesteckt. Grundproblem der ökonomischen Wachstumserforschung sei die Frage, wie ist langfristig eine Möglichkeit intensiven und stetigen Wachstums der Wirtschaft möglich; d. h. genauer, wie kann eine hohe und annähernd konstante Wachstumsrate des realen Sozialproduktes je Kopf auf die Dauer erreicht werden. Besondere Aufmerksamkeit wendet Hoffmann der Analyse der Produktionsstruktur zu. In dem Aufsatz „Zur Realitätsbezogenheit wachstumstheoretischer Annahmen“ (Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1956, S. 432 ff.) kommt der umfassende Charakter moderner Wachstumsforschung wiederum klar zum Ausdruck. Hinsichtlich des Spezialgebietes „Die Dynamik des Industrialisierungsprozesses“ hat Hoffmann die wesentlichen Bestimmgründe herausgearbeitet, die sich bis in das Bereich der kulturellen Lebensformen einer Gesellschaft erstrecken (Industriewirtschaft in „Aufgaben deutscher Forschung“, Köln, 1956, S. 467).

b) Raumwirtschaftslehre

Eine einheitliche Erfassung auf einem Teilgebiet bringen die raumwirtschaftlichen Untersuchungen von A. Predöhl (Außenwirtschaft, Göttingen 1949). Er betont dort u. a. die Notwendigkeit einer Verbindung quantitativer und qualitativer Theorie. „Die überkommene Lehre angelsächsischer Prägung, die ihre vollendetste Darstellung in deutscher Sprache in Haberlers Werk gefunden hat, ist uns zu eng, insofern als sie sich auf die exaktquantitative Theorie beschränkt und alle historisch-soziologischen Faktoren in den Bereich der Daten verweist, die entweder unerklärt bleiben oder doch nur historisch-idiographisch im Rickert-Windelbandschen Sinne erklärt werden. Quantitative und qualitative Theorie schließen sich nicht aus, ja sie ergänzen einander zwangsläufig“ (a.a.O. S. 17). Besonders plastisch bringt diese Gedanken Predöhl in einem Bild zum Ausdruck. „Wie ein gotischer Dom als Baugebilde aus einer Idee geboren und verständlich ist, die sich im Ganzen und in allen seinen Teilen sinnvoll ausdrückt, wie aber eben dieser Bau nicht errichtet werden und Bestand haben, also auch nicht „erklärt“ werden könnte, wenn nicht die Haltbarkeit der Mauern und die Festigkeit der Träger berechnet wären, so kann auch die Volkswirtschaft ihre lebendigen Kräfte nur in den formalen Regeln der Wirtschaftstheorie zur Aus-

wirkung bringen. Es sind dieselben Gesetze der Ingenieurtechnik, die in der gotischen Kirche und im amerikanischen Wolkenkratzer, im Bauernhaus und in der Messehalle, verwirklicht sind, und es sind dieselben nüchternen Gesetze der exakten Wirtschaftstheorie, die wir in jeder Gestalt der Wirtschaft wieder finden. Sie leisten für die Wesenserkenntnis der Wirtschaft gar nichts, aber sie sind unentbehrlich für die Erkenntnis der spezifisch wirtschaftlichen Zusammenhänge. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge aber bleibt leer und äußerlich, wenn sie nicht getragen wird von der Erkenntnis des Wesens der Wirtschaft, das in der wirtschaftlichen Gestalt zum Ausdruck kommt“ (a.a.O. S. 18).

IV. Möglichkeiten und Bedeutung einer synthetischen Wirtschaftslehre

Die Untersuchung zeigt, belegt durch charakteristische Beispiele, den Zerfall der einheitlichen Wirtschaftslehre. Die Teilgebiete entwickelten sich auseinander; die Ergebnisse der Forschung, vielfach einseitig, waren nicht mehr miteinander vergleichbar und konnten sich daher auch gegenseitig kaum ergänzen. Der Ruf nach Synthese, vor Jahrzehnten erhoben, fand lange Zeit kein Echo. In dem Maße, als sich die reine Theorie aus ihrem Ghetto hinauswagte und in abnehmender Abstraktion die Wirklichkeit zu erfassen suchte, mußte man notwendigerweise zu Verbindungen kommen, die jedoch in der Regel nicht über Aggregatbildungen hinausgingen. Eine einheitliche Erfassung der Wirtschaftsgesetze und Wirtschaftszusammenhänge wäre aber, wie gezeigt, wirtschaftstheoretisch und als Grundlage einer Theorie der Wirtschaftspolitik von besonderer Bedeutung. Eine synthetische Wirtschaftstheorie ist nur dann möglich, wenn sich ein Bezogensein auf ein einheitliches Fundament erkennen läßt. Hier wäre im theoretischen Bereich jener Punkt, den Archimedes suchte, als er ausrief „Gebt mir einen festen Punkt, und ich hebe die Welt aus den Angeln“. Denn von hier aus könnte man die Gesamtzusammenhänge der Wirtschaft erfassen. Ein Fundament böten die absoluten Werte und Ziele. Lassen sich diese aber unter Wahrung der Voraussetzungsmöglichkeit der Wissenschaft in den Bereich der Untersuchungen einbeziehen? Trifft dies zu, dann ergibt sich die weitere Frage: Lassen die absoluten Werte klare Umriss eines Wirtschaftszieles erkennen? Welches ist die einheitliche, dem Leben der Wirtschaft angemessene Methode der Erfassung der Zusammenhänge? Erst dann, wenn sich diese Fragen befriedigend lösen lassen, wäre eine synthetische Wirtschaftstheorie wissenschaftlich möglich.

1. Absolute Werte und Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft

Es steht außer Zweifel, daß jede Wirtschaftswissenschaft, die sich nicht in Tautologien und formalen Aussagen bewegen will, vor die Grundfrage gestellt ist, ob und inwieweit das wirtschaftliche Geschehen sinnvoll ist. Damit ist das Problem des Wirtschaftszieles als entscheidendes Problem aufgeworfen. Was immer man am Tatbestand des Wirtschaftens im einzelnen hervorheben mag, stets handelt es sich um ein Disponieren mit knappen Mitteln durch Menschen für Menschen. Daraus folgt, daß sich das Ziel der Wirtschaft aus der Sachgüterwelt und der Sozial- und Individualnatur des Menschen erkennen läßt. Die Wirtschaftswissenschaft selbst kann durch Analyse der Eigenart der Sachgüter und der menschlichen Verhaltensweisen im wirtschaftlichen Geschehen wertvolle Beiträge zur Klärung und Präzisierung des Wirtschaftszieles leisten.

Soweit es sich aber um Fragen der Wesensstruktur des Menschen handelt, sind philosophische Erkenntnisse heranzuziehen. Der Einwand mag naheliegen, daß es sich eben dann um Fragen handelt, die die Wirtschaftswissenschaft nicht in ihren Untersuchungsbereich einbeziehen dürfe. Dieser Gesichtspunkt ist aber überholt. Es wäre heute eine wissenschaftliche Forschung unmöglich, wenn jede Wissenschaft alle von ihr benützten Erkenntnisse auch selbst erarbeiten wollte. Es ist daher eine ständig geübte Praxis, sich bei eigenen Untersuchungen auf Erkenntnisse anderer Disziplinen zu stützen. Das sei aber, so könnte ein Bedenken lauten, offensichtlich nur möglich, wenn Übereinstimmung über diese Erkenntnis herrsche; dies treffe aber auf das Gebiet der Philosophie nicht zu. Es handelt sich aber bei jenen Fragen, die für das Problem des Wirtschaftszieles maßgebend sind, nicht um philosophische Einzelheiten, sondern um Grundfragen. Es lassen sich nun in einer Reihe philosophischer Richtungen letzte Gemeinsamkeiten, z. B. über die Würde des Menschen, feststellen. Es ergibt sich hier eine gewisse Analogie zu den Untersuchungen der österreichischen Schule der Nationalökonomie. Diese berücksichtigt weitgehend psychologische Momente, ohne gezwungen zu sein, wie Friedrich Wieser in seiner Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft hervorhebt, auf fachpsychologische Fragen einzugehen.

Entscheidend ist hierbei die Frage, ob es sich bei dem Problem des Wirtschaftszieles und der absoluten Werte primär um eine Frage des Sollens oder der Seinslehre handelt. Bei der Untersuchung der absoluten Werte, die für die Wirtschaft bestimmend sind, geht es um Fragen der Seinslehre, und zwar darum, das Wesentliche der Wirtschaft zu erfassen, sich also nicht abzufinden mit der

Beobachtung der wirtschaftlichen Größen und ihrer Beziehungen. Ein analoger Fall zeigt sich etwa bei dem Verhältnis zwischen der österreichischen Schule der Nationalökonomie und der Lausanner Schule. Diese begnügt sich sozusagen, die Fassade der Wirtschaft zu erfassen und lehnt es im wesentlichen ab, hinter diese zu schauen. Man fragt also zum Beispiel am Markte ab, wie die Preise sind, wie hoch Angebot und Nachfrage sind, untersucht aber nicht, wie es zu der Bildung der Preise und von Angebot und Nachfrage kam. Damit begibt sich diese Schulrichtung der Möglichkeit, die Preisbildungsgesetze aufzudecken oder irgendwelche Aussagen über die Dynamik der Wirtschaft zu machen. Wenn die österreichische Schule der Nationalökonomie versucht, hinter die am Markt auftretenden Größen zurückzugehen u. a. psychologische Zusammenhänge zu analysieren, dann bleibt sie doch immer noch im Bereich der Seinslehre. Ähnlich die nationalökonomische Wissenschaft, wenn sie sich nicht begnügt, die äußeren Erscheinungen festzustellen, sondern versucht, ihren Sinn zu erfassen. Von diesem her läßt sich ein Sollen ableiten, denn in der Wirtschaft handelt es sich nicht um Naturprozesse, wie z. B. in der Astronomie, bei der es keine Gesetze des Sollens geben kann, die zwangsläufig ablaufen, sondern um Verhältnisse, die so oder so gestaltet sein können.

Wenn sich die Nationalökonomie bloß mit der Analyse der bestehenden Wirtschaft und ihren Gesetzmöglichkeiten begnügen würde, dann könnte es sein, daß sie sich bloß auf die Beschreibung einer Wirtschaftsverfassung beschränkt, die, verglichen mit anderen, als unzureichend anzusehen ist. Was aber würde man von einer Haushaltslehre sagen, die sich bloß mit einer schlechten Haushaltsführung befaßt.

Wenn das Problem des Wirtschaftszieles in die Wirtschaftswissenschaft einbezogen wird, so bedeutet dies keineswegs die Aufgabe des wissenschaftlichen Grundsatzes der Voraussetzungslosigkeit. Voraussetzungslosigkeit heißt, daß kein Satz der Beweisführung zugrunde gelegt werden darf, ohne daß man sich zuvor von seiner Wahrheit und Gewißheit Rechenschaft gibt. Die ontologische Wahrheit ist Wahrheit des Seienden und besteht in der Beziehung des Seienden auf den Verstand. Aber das Seiende ist gleichzeitig auch der Hinweis, in welcher Richtung sich die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirtschaft vollziehen soll. Es bleibt ein Erfordernis jeder Wissenschaft, voraussetzungslos zu sein. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß die Wissenschaft „wertfrei“ sein müsse. Da das Wirtschaftsziel aus der Sachwelt und der Sozial- und Individualnatur des Menschen erkennbar ist, ist die Untersuchung der absoluten Werte, die ja das Ziel der Wirtschaft darstellen, ebenso Wissenschaft wie die der

relativen. Wie wenig Wirtschaftswissenschaft ohne Werturteile auskommt, demonstriert bewußt oder unbewußt die „wertfreie“ Wirtschaftslehre selbst, indem sie versteckt Postulate aufstellt oder Wertungen ausspricht. Der Vorwurf der „pseudoobjektiven Ausdrucksweise“ kehrt sich gegen sie selbst.

Mit Recht hebt A c k e r m a n hervor (a.a.O. S. 23) „Die Forderung nach einer Ausscheidung der „unnötigen“ Wertlehre und der „Scheinprobleme“ (innerhalb einer gewissen Transzendental-Theorie), Wille, Zeit und Kausalität haben dazu geführt, daß man jede theoretische Frage überhaupt entfernt hat, die von der aus der Fragestellung hervorgerufenen Analyse eine Antwort erwartete.

Wenn die Vertreter der wertfreien Wirtschaftslehre konsequent sind und nicht „Werturteile“ herein nehmen, könnten sie nicht einmal den Begriff der Wirtschaft über rein formale Feststellungen hinaus sinnvoll fassen. Nehmen wir z. B. den Begriff des Wirtschaftens an, wie er in der Grenznutzenlehre häufig verwendet wird: Handeln auf Grund von Überlegungen, wie die knappen Mittel auf eine Mehrheit von Zielen so verteilt werden, damit das Gesamtziel am besten erreicht wird. Man ist sich häufig gar nicht bewußt, daß es sich hierbei um eine bloß formale Bestimmung handelt. Sie trifft wohl auf den einzelnen Wirtschaftler zu, der sich z. B. überlegt, wie er sein Einkommen auf die verschiedenen Bedürfnisse so verteilt, damit sein Wohlbefinden nach seiner Auffassung am besten gewährleistet ist. Sie trifft auch zu auf den Finanzreferenten eines öffentlichen Haushaltes, der überlegt, wie die zur Verfügung stehenden Mittel auf die verschiedenen Aufgabenbereiche aufgeteilt werden müssen, um insgesamt möglichst hohen Nutzen zu stiften. Dieselbe Wirtschaftsdefinition trifft aber auch auf Handlungen zu, die wir keineswegs im allgemeinen als wirtschaften bezeichnen. So etwa auf die Handlungsweise eines Bankräubers, der überlegt, wie er die ihm zur Verfügung stehenden Mittel auf eine Reihe von Bankeinbrüchen verteilen soll, um insgesamt eine möglichst hohe Beute zu machen.

Da die „wertfreie“ Wirtschaftswissenschaft jede Aussage über das Wirtschaftsziel ablehnt und in ihrer Begriffsbestimmung des Wirtschaftens im rein Formalen stecken bleibt, hat sie sich selbst jeder Möglichkeit beraubt, irgendeine Kritik an wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu üben. Die wertfreie Wissenschaft beschränkt sich ja bewußt auf die Frage der Analyse und des Problems, wie die Mittel einzusetzen sind, um bestimmte von außen her gesteckte Ziele zu realisieren. Sie wird so zum Handlanger der Politik. Sie müßte ihre Erkenntnisse, so gesehen, in den Dienst jeder politischen Auffassung stellen, ohne an der Zielsetzung Kritik üben zu können. Anders dann, wenn man auf die absoluten Werte der Wirtschaft eingeht und das

Wirtschaftsziel erfassen kann. Dann ist sozusagen der „archimedische“ Punkt gewonnen, von dem aus wissenschaftlich die verschiedenen Wirtschaftssysteme beurteilt werden können.

2. Ziel der Wirtschaft und teleologisches Gleichgewicht

Welches ist nun das Ziel der Wirtschaft, das sich aus der Sachgüterwelt sowie der Individual- und Sozialnatur des Menschen erkennen läßt? Wenn wir annehmen, daß das Dasein des Menschen einen Sinn hat und er nicht nur deswegen seine Existenz erträgt, weil es besser ist, zu sein als nicht zu sein, dann kann die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit nur eine Aufgabe haben, nämlich dem Menschen zu dienen. Eine Maschine z. B. hat nicht als solche wirtschaftlichen Sinn, sondern nur so weit, als sie direkt oder indirekt in der Lage ist, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Da der Mensch ein Leib-Seelewesen ist, handelt es sich für die Wirtschaft, wenn sie dem Menschen dienen soll, im letzten nicht um bloß materielle Aufgaben, sondern um die Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen entsprechend seiner Individual- und Sozialnatur. Der Mensch ist hineingestellt in die Spannung zwischen Einzelnem und Kollektiv. Die spezifische Funktion der Wirtschaft besteht darin, für die Entfaltung der Persönlichkeit die geeigneten Mittel zur Verfügung zu stellen. Es ist klar, daß hierfür Mittel notwendig sind, die wenigstens ein bestimmtes Minimum beinhalten und dauernd gesichert sind: denn bloß vorübergehende Verfügung über Mittel wäre keineswegs eine für die Entfaltung der Persönlichkeit geeignete Grundlage. So ergibt sich, ausgehend von der Natur des Menschen und der Sachgüterwelt, als Ziel der Wirtschaft: dauernde Sicherung möglichst weitgehender materieller Grundlagen zur Entfaltung der Persönlichkeit. Da die materielle Grundlage nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel, also nicht absoluter, sondern bloß relativer Wert ist, ist die Steigerung der Produktion, obwohl sie eine Erweiterung der materiellen Grundlagen bedeuten würde, im Widerspruch mit der Entfaltung der Persönlichkeit, wenn dadurch z. B. die nervliche Beanspruchung übermäßig gesteigert und so die Möglichkeit einer weiteren Entfaltung der Persönlichkeit verringert würde.

Da die Wirtschaft ihrem Wesen nach auf ein Ziel ausgerichtet ist, stellt sie sich als Ordnung dar, nämlich als ein Gebilde von Beziehungen der Dinge und des Handelns zueinander und zu ihrem Zweck. Dadurch ist eine Einheit der Wirtschaft gegeben. Das schließt keineswegs aus, daß weitreichende Spannungen zwischen den einzelnen Bereichen dieser Ordnung bestehen. Es erfordert das Ziel der Wirtschaft, daß der einzelne in seinem Handeln die Gesamtheit ent-

sprechend berücksichtigt. So gesehen, kann Freiheit immer nur gebundene Freiheit sein, d. h. Freiheit, die den Gesamtinteressen eingeordnet und untergeordnet ist. Die individualistische Freiheit, die diese Grenze nicht kennt, kann immer nur Freiheit für einige wenige bedeuten. Wenn Freiheit nichts anderes wäre als die Möglichkeit der Selbstentscheidung und Durchsetzung dieser Entscheidung, dann wäre Freiheit gleichbedeutend mit Macht.

Während so das Wirtschaftsziel Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit verlangt, besteht gleichzeitig die Forderung im Sinne des Wirtschaftszieles, die Gesamtgestaltung auf den einzelnen hin durchzuführen, denn der einzelne und die Entfaltung seiner Persönlichkeit innerhalb der Gesamtheit ist ja der absolute Wert, von dem die relativen Werte, nämlich die Mittel der Wirtschaft, ihren Wert ableiten. Es besteht also eine Spannung zwischen der aus dem Ziel der Wirtschaft sich ergebenden Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit und der Aufgabe, Wirtschaft im Hinblick auf den einzelnen und seine Freiheit zu gestalten.

Die Überbrückung von der institutionellen Seite ist Aufgabe einer entsprechenden Wirtschaftsverfassung. Aus dem eben bezeichneten Spannungsverhältnis heraus ist es klar, daß dem einzelnen und den einzelnen Gruppen möglichst viel Selbstverantwortung und Freiheit in der Durchführung zu gewährleisten ist. So läßt sich das sogenannte Subsidiaritätsprinzip aus dem Wirtschaftsziel begründen. Die Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen ist offensichtlich dann relativ am besten gesichert, wenn dem einzelnen und der kleinen Gemeinschaft keine Funktionen entzogen werden, die diese besser oder ebenso gut wie die größere Gemeinschaft durchführen können.

Bei dem gegenwärtigen Stand unseres Wissens vom Menschen sind es in bezug auf die Wirtschaft nur wenige Sätze, die hinsichtlich des Zieles der Wirtschaft festzustellen sind. Sie sind notwendigerweise bloß allgemeinen Charakters. Wir sahen aber bereits, wie die Fassung des Wirtschaftszieles Schlußfolgerungen z. B. hinsichtlich der Wirtschaftsverfassung zuläßt. Diese abgeleiteten Sätze hängen aufs engste zusammen mit dem Stand der wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnis und den konkreten Verhältnissen in der Wirtschaft. Während die Grundzüge des Wirtschaftszieles und die absoluten Werte, auf die die Wirtschaftsgestaltung ausgerichtet sein muß, wenn sie dem Wesen der Wirtschaft entsprechen soll, unmittelbar aus der Individual- und Sozialnatur des Menschen und der Sachgüterwelt erkannt werden können, handelt es sich bei den abgeleiteten Sätzen um eine Anwendung des Grundsatzes auf bestimmte Verhältnisse. Die abgeleiteten Sätze können also unrichtig sein, weil sie z. B. nicht den Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaft entsprechen oder diese

vielleicht selbst in bestimmten Fragen noch nicht klar sieht oder weil die konkreten Verhältnisse nicht richtig eingeschätzt werden.

Die Berücksichtigung des Standes der Wirtschaftsentwicklung ist bei Realisierung des Wirtschaftszieles besonders wichtig. Wohl trifft es zu, daß die Institutionen der gesellschaftlichen Wirtschaft von den Menschen geschaffen sind und von dieser auch wieder geändert werden können; aber die Neugestaltung hängt doch wesentlich von dem gegebenen Stand, von dem auszugehen ist, ab. Es können also von der Erkenntnis des Wirtschaftszieles auch nicht unmittelbar wirtschaftspolitische Forderungen abgeleitet werden, ebenso wenig wie dies etwa auf dem Gebiete der Medizin möglich wäre. Hier kann als allgemeines Ziel des Arztes gelten, die Gesundheit den Menschen zu erhalten oder wieder zu gewinnen. Die jeweils anzuwendenden Mittel hängen aber nicht nur von dieser allgemeinen Zielsetzung, sondern ebenso sehr von der Lage des Patienten ab. Bei der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mittel ergibt sich eine Spannung zwischen absoluten Werten und den Mitteln der Wirtschaft, also den relativen Werten. Man könnte nur dann von einer völligen Überbrückung der Spannung sprechen, wenn alle Mittel zielgerecht eingesetzt sind, so daß sie den höchsten Erfolg ergeben. Diesen Zustand bezeichnen wir als teleologisches Gleichgewicht. Dieses kann freilich in der Praxis niemals erreicht werden, ähnlich wie es zum Wesen eines Ideals gehört, daß es nie völlig realisiert werden kann. So besteht also zwischen absoluten und relativen Werten eine ständige Dynamik. Es kann in der Praxis nicht von teleologischem Gleichgewicht, sondern nur von einer ständigen Tendenz zu dessen Erreichung gesprochen werden. Insofern bedeutet teleologisches Gleichgewicht Dynamik.

Der Gleichgewichtsgedanke spielt seit jeher in der Nationalökonomie eine entscheidende Rolle. Er kam bereits in dem Tableau économique zum Ausdruck, später dann in dem System von Adam Smith, der meinte, es würde sich durch die Marktmechanik über den Preis immer ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage einstellen. In der Lausanner Schule wurde der Gleichgewichtsgedanke in besonderer Weise ausgearbeitet. Es handelt sich dort aber immer um ein statisches Gleichgewicht, aus dem heraus auch nicht die geringste Bewegung erklärt werden kann. Es hat sich dieser Gleichgewichtsbegriff gerade wegen seines statischen Charakters als unzulänglich erwiesen. Im teleologischen Gleichgewicht aber ist eine ständige innere Dynamik der Wirtschaft verkörpert.

3. Spannung als methodologischer Begriff

Die einheitliche Methode der Erfassung der Einzelheiten der gesellschaftlichen Wirtschaft im Sinne der Synthese ergibt sich aus dem Wesen der Wirtschaft, die nicht als mechanischer Ablauf verstanden werden kann.

Wenn Wirtschaft Leben ist, dann ist sie dem Leben des einzelnen und der menschlichen Gruppe vergleichbar. Das menschliche Leben und seine Dynamik aber sind durch Spannungsverhältnisse charakterisiert, Gegensätze, die miteinander in Beziehung stehen und zu einer Dynamik drängen. So etwa das Spannungsverhältnis zwischen geistig und körperlich, zwischen Unternehmungslust und Streben nach Sicherheit. Da die Wirtschaft ein Zusammenwirken der Menschen darstellt, um bestimmte Ziele in rationaler Weise zu erreichen, stellen auch für sie Spannungsverhältnisse den charakteristischen Grundzug dar. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge lassen sich unter dem einheitlichen Gesichtspunkt ökonomischer Spannungen erfassen.

Wenn auch der Grundzug der Spannungsverhältnisse immer derselbe ist, so ist doch ihre Gestalt außerordentlich verschieden. Die Methode, ausgehend von den Spannungsverhältnissen in der Wirtschaft, ihre Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten zu erfassen, kann nur dann zu überblickbaren Ergebnissen führen, wenn es gelingt, ein System der ökonomischen Spannungen zu entwickeln, in das sich die Einzelercheinungen einordnen lassen. Es handelt sich hierbei um einen Vorgang, der eine gewisse Analogie zur Makroökonomik (Denken in Gesamtgrößen) aufweist, die durch Zusammenfassung von Einzelercheinungen zu Gruppierungen kommt, wie sie den Ausbau der modernen Theorie ermöglichen.

Anhand von zwei Beispielen soll kurz erläutert werden, wie es eine angewandte Theorie ökonomischer Spannungen ermöglichen könnte, die Zusammenhänge und Kräfte, die gewissermaßen hinter den äußeren Erscheinungen stehen, zu erfassen. Im Rahmen der Spannung Produktion — Konsum handelt es sich, mikroökonomisch gesehen, z. B. um Probleme der Elastizität der Nachfrage. Will man die Bewegung nicht nur ex post betrachten, muß man auf die Spannungen innerhalb der Nachfrageseite eingehen. Hier handelt es sich nicht nur um die Spannungen zwischen Bedürfnis und Einkommen, sondern z. B. auch um die zwischen Blankobedürfnis und konkretem Bedürfnis. Bei den Blankobedürfnissen handelt es sich sozusagen um allgemein vorgestellte Bedürfnisse, in die konkrete Bedürfnisse eingezeichnet werden, z. B. in das allgemein vorgestellte Bedürfnis nach Wärme, das Bedürfnis nach einem bestimmten Heizkörper. Die Einzeichnung der den verschiedenen Produktions- und Handelseinrichtungen am besten entsprechenden konkreten Bedürfnissen ist eine der

wichtigsten Aufgaben der Suggestivreklame. Es können auf diese Weise konkrete Bedürfnisse geweckt werden, die den Blankobedürfnissen nicht in angemessener Weise entsprechen. Die Wirtschaftslehre vertritt im allgemeinen die Auffassung, daß es wirtschaftlich gesehen gleichgültig sei, ob ein echtes oder ein bloß vom Gesichtspunkt der Rentabilität suggeriertes Bedürfnis die Nachfrage am Markte bestimmen. Dies gilt jedoch keineswegs im Sinne eines teleologischen Gleichgewichtes. So kann eine angewandte Theorie der ökonomischen Spannungen aus den seinsmäßig erkannten Zielen der Wirtschaft eindeutig Feststellungen treffen.

Im makroökonomischen Bereich führt eine angewandte Theorie ökonomischer Spannungen von der Kinetik zur Dynamik, also von der reinen Bewegungslehre der Wirtschaft, dem bloßen Festhalten der Bewegungserscheinungen als solchen, zu einer Dynamik, also zu einer Erfassung der Bewegungskräfte der Wirtschaftsschwankungen, struktureller Wandlungen und der wirtschaftlichen Entwicklung. Wesentliche Störungsmomente liegen in der Spannung zwischen Produkt und Konsum. In diesem Bereich zeigen sich immer wieder Krisen und Depressionen. Eine der Voraussetzungen eines weitgehend störungsfreien Kreislaufs und einer organischen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft ist das strukturelle Gleichgewicht. Dieses hängt wesentlich von den entsprechenden Proportionen in der Wirtschaft ab. Es ist, jedenfalls für kürzere Zeiträume betrachtet, stationäres Gleichgewicht, aber gleichzeitig Voraussetzung harmonischer Wirtschaftsdynamik.

Die Gruppen der ökonomischen Spannungen stehen untereinander in Verbindung. Insbesondere sind alle Gruppen durchdrungen von Spannungsverhältnissen zwischen absoluten und relativen Werten. Das gilt nicht nur für die Theorie, sondern auch für das tatsächliche Wirtschaftsgeschehen. Als z. B. die Zünfte den Gemeinschaftsgedanken, also die absoluten Werte, die ihrer Entstehung zugrunde lagen, ausschalteten, brachen diese innerlich zusammen, so daß der Liberalismus bloß eine leere Form zerschlug.

Die Synthese in der Wirtschaftslehre geht von absoluten Zielen aus. So kann im Zusammenhang mit den Erkenntnissen der Wirtschaftstheorie eine Theorie der Wirtschaftspolitik entworfen werden. Unter Heranziehung der Untersuchungsergebnisse der konkreten Verhältnisse ist es möglich, Hinweise für wirtschaftspolitische Maßnahmen zu geben. Grundzüge der Wirtschaftsorganisation, z. B. das Prinzip der Subsidiarität, lassen sich vom Ziel her ableiten. Der Begriff der Spannung ist als Instrument einheitlicher Methode der Erfassung der Beziehungen und Gesetzmäßigkeiten in der Wirtschaft in mikro- und makro-ökonomischer Hinsicht geeignet.

Im Rahmen des Aufsatzes konnten nur die Umriss einer Synthese in der modernen Wirtschaftslehre aufgezeigt werden. Wichtig schien hierbei, den Unterschied zwischen Voraussetzungslosigkeit und Wertfreiheit in der Wissenschaft herauszuarbeiten und die Erkenntnis absoluter Werte als wissenschaftliche Erkenntnis darzutun. Wenn wir der Erkenntnis der inneren Zusammenhänge der gesellschaftlichen Wirtschaft nahe kommen wollen, dann dürfen wir uns nicht mit formalen Begriffen begnügen, sondern das Wesentliche zu erfassen suchen. Mit Recht wendet sich z. B. K. Rose gegen gewisse Methoden bei Erstellung wirklichkeitsferner Wachstumsmodelle (Der Erkenntniswert der Wachstumsmodelle, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Februar 1957): Sicherlich ist es ein sehr bequemer Weg, die verwendeten Begriffe und Symbole in einer derart nichtssagenden Art zu definieren.“ (S. 334.) Die Ausführungen G. Weipperts in dem genannten Aufsatz „Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie“ haben nach wie vor in den Auseinandersetzungen gegen den Positivismus, wie er insbesondere im Wiener Kreis hervortritt, Gültigkeit.

Die Synthese ermöglicht die einheitliche Erkenntnis der Zusammenhänge, die hinter den äußeren Erscheinungen von Wirtschaft und Gesellschaft bestehen. Sie überwindet die Einseitigkeit, indem sie nicht einzelne Tatbestände isoliert behandelt oder, wie dies bei manchen modelltheoretischen Untersuchungen der Fall ist, wichtige Merkmale des modernen Wirtschaftsgeschehens vernachlässigt, sondern heranzieht und unter einem einheitlichen Gesichtspunkt erfaßt. Gerade deswegen kann die Synthese auch eine Grundlage umfassender Wirtschaftspolitik bieten. In der synthetischen Wirtschaftslehre verbindet sich Erkenntnis des Seins und des Zieles mit der Analyse der Gesetze und Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft.

Eine unabdingbare Voraussetzung einer synthetischen Theorie steht im Vordergrund. Synthese bedeutet Verbindung der Mannigfaltigkeit der Beziehungen, Gesetze und Gesetzmäßigkeiten zu einer Einheit; nicht zu einer quantitativen, sondern einer Einheit als geordnetes Ganzes. Es handelt sich um sinnvolle Zusammenhänge; sinnvoll im Hinblick auf ein Wirtschaftsziel. Soll die Synthese objektiv gültige Erkenntnisse bringen, kann es sich nicht um willkürlich gesetzte Ziele, sondern nur um absolute Ziele handeln. Diese lassen sich aus der Sachgüterwelt und der Sozial- und Individualnatur des Menschen erkennen. Hier liegt jener archimedische Punkt, von dem aus, um jenen überlieferten Ausdruck zu gebrauchen, die Welt der Wirtschaftsprobleme „aus den Angeln gehoben“ werden kann.